

„Nicht die Kosten sind das Problem“

Harald Weinberg, MdB aus Nürnberg und Obmann der LINKEN im Gesundheitsausschuss des Bundestages stellte in Kulmbach das Konzept der LINKEN für eine solidarische Bürgerversicherung zur Gesundheitsversorgung vor.

Eingangs machte Harald Weinberg deutlich, dass der Anteil der Ausgaben für die Gesundheitsversorgung, bezogen auf das Brutto-Inlands-Produkt seit Jahrzehnten konstant gewesen ist. Nur im vergangenen Jahr habe es krisenbedingt eine leichte Erhöhung dieses Anteils gegeben, nicht wegen gestiegener Kosten, sondern wegen des Einbruchs des BIP.

Es sei deshalb völlig verfehlt, ständig neue Sparzwänge zu erfinden und den einzelnen Versicherten immer mehr zu belasten. Stattdessen müsse eine Verbreiterung der Beitragsbasis erfolgen, die mehr Menschen in die Versicherungspflicht einschließt und nicht allein das Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit bei der Beitragsbemessung berücksichtigt. Die LINKE setze sich deshalb für folgende Maßnahmen ein, die schrittweise umgesetzt werden könnten: Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze mindestens auf das Niveau der Rentenversicherung, die Einbeziehung aller Einkünfte, auch der Einkünfte z. B. aus Mieten, Kapitalanlagen entsprechend den Unterlagen der Finanzämter, in die Beitragsbemessung, und die Einschränkung der Möglichkeiten der privaten Krankenversicherung auf Zusatzleistungen wie z. B. Chefarztbehandlung, Luxuszimmer im Krankenhaus u. ä. Auf dieser Grundlage könne nicht nur erreicht werden, dass die Qualität der Versorgung gesichert bleibt, sondern auch ein Beitragssatz von 10-11 % dauerhaft gewährleistet werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden so durch einen von ihnen zu tragenden Beitragsanteil von 5 – 5,5 % des Bruttolohns spürbar entlastet. So mache auch das Schlagwort der Konservativen „Mehr Netto vom Brutto“ einen Sinn. Vor allem die Bezieher niedriger Einkommen würden dadurch spürbar entlastet. Dies könnte zu einer erhöhten Inlandsnachfrage beitragen. Ca. 750.000 neue Arbeitsplätze könnten auf Grund dieser Nachfrage entstehen, so Harald Weinberg. Angesprochen auf die politische Umsetzbarkeit dieser Forderungen verwies Harald Weinberg darauf, dass sich die Oppositionsparteien in der Stoßrichtung „Ausweitung der Beitragsbasis“ einig seien. Unterschiedlich seien vorläufig noch die konkreten Umsetzungsschritte bei diesem Vorhaben einer solidarischen Bürgerversicherung. Auch der DGB trage diesen Ansatz mit. Maßgebend für die Durchsetzung der Forderung sei jedoch das Engagement der Menschen, die in den Betrieben und auf der Straße diesen Forderungen Nachdruck verleihen müssten. Allein parlamentarisch sei ein solcher Richtungswechsel nicht herbeizuführen.

In der Diskussion wurde nachgefragt, ob dieser Ansatz auch auf die anderen Teile der Sozialversicherung, die Rentenversicherung und die Pflegeversicherung, anwendbar sei. Dies wurde von Harald Weinberg bejaht, er wies jedoch darauf hin, dass für jeden Versicherungszweig gesonderte Bedingungen gelten, die in die Berechnungen einfließen müssten.

Ebenfalls in der Diskussion angesprochen wurde die Situation des Personals in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Die immer härter durchgesetzten Sparmaßnahmen würden vor allem die Beschäftigten im Pflegebereich treffen, die unter enormem Zeitdruck arbeiten müssen. Immer häufiger sei zu beobachten, dass Pflegerinnen und Pfleger unbezahlte Überstunden machen, weil sie die ihnen anvertrauten Menschen nicht unter dem Sparzwang leiden lassen wollen. Ihre enorme zeitliche und nervliche Belastung schlage sich auch in zunehmendem Krankenstand und Burn-Out der Beschäftigten nieder. Diese wirkten sich unweigerlich wiederum auf die Qualität der Betreuung in den Einrichtungen aus. Mit einer soliden Finanzierung des Gesundheitswesens und der Pflege könnten diese Zustände, die für Betreute und Pflegende unerträglich seien, endlich beseitigt werden.